

Begen den staatlichen Gebärzwang.

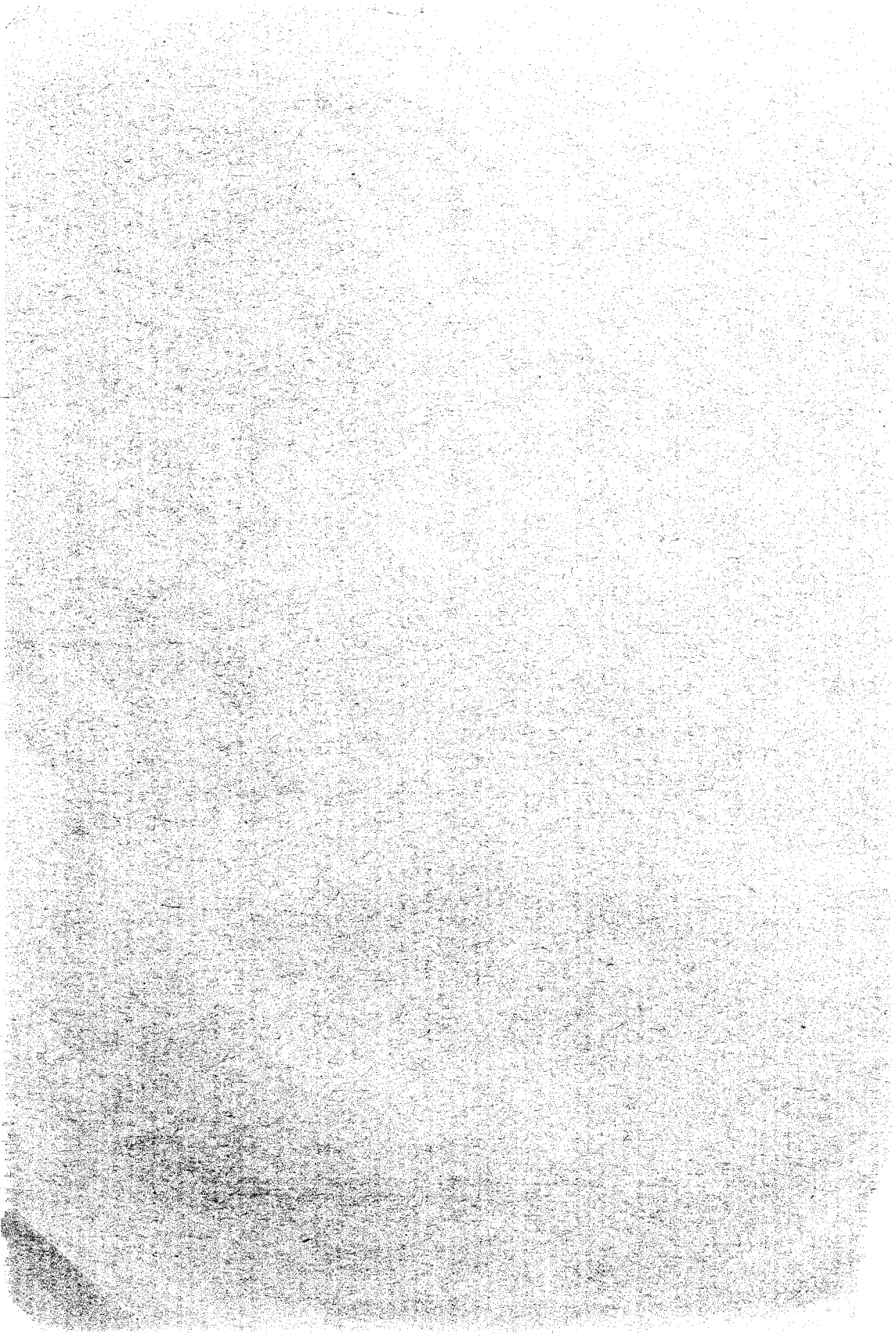
Keden

des Reichstagsabgeordneten
Genossen August Brey,
des Genossen Dr. Silberstein
und der Genossin Luise Zieh.



A 98 - 07994

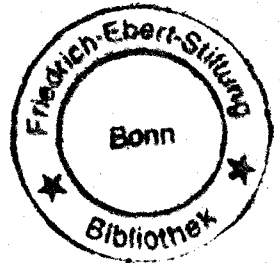
Verlag der Buchhandlung (Obere & Mey) Hannover.



Gegen den staatlichen Gebärzwang

Keden

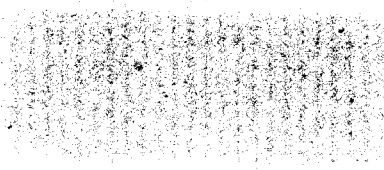
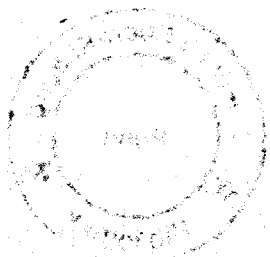
des Reichstagsabgeordneten
Genossen August Bren,
des Genossen Dr. Silberstein
und der Genossin Luise Zieh



A 98 - 07994

1914

Verlag der Volksbuchhandlung. — Druck von E. A. H. Meißner & Co., Hannover.



Einleitung.



Am 3. März d. J. fand in Berlin in „Obligos Festfälen“ eine große Protestversammlung statt gegen den „Entwurf eines Gesetzes betreffend den Verkehr mit Mitteln zur Verhinderung der Geburten“.

Ein solcher Entwurf ist bekanntlich von der Regierung gefordert in einem Antrage, der von über 200 bürgerlichen Reichstagsabgeordneten unterzeichnet ist. Das Empörende, das Törichte und Gefährliche eines solchen Gesetzes nachzuweisen, war der Zweck der Versammlung.

Der Genosse Breh als Mitglied der parlamentarischen Kommission, in der von bürgerlicher Seite der reaktionäre Vorstoß gemacht wurde, der Genosse Dr. Silberstein als Arzt und die Genossin Ziek als Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen unterzogen das geforderte Gesetz einer scharfen Kritik und stellten dem unsinnigen Begehren unsre sozialdemokratischen Reformforderungen entgegen.

Auf wiederholten Wunsch mehrerer Genossinnen und Genossen geben wir die Reden im Sonderabdruck heraus. Sollten sie auch nur ein wenig unsern Kampf gegen die beabsichtigte politische Quacksalberei fördern, ist der gewollte Zweck erreicht.







Rede des Genossen August Brey.



Meine Damen und Herren!

Die Öffentlichkeit befaßt sich seit längerer Zeit mit dem Bevölkerungsproblem. Im Reiche, in Preußen, in Bayern und andern Bundesstaaten hallen in den Beratungssälen der Gesetzgebung schmerzliche Klagen über den Geburtenrückgang wider. Die Presse aller Parteirichtungen gibt langen tiefgründigen Artikeln über die Frage des Bevölkerungszugangs Raum. Im Reiche reissen wirkliche Geheimräte umher und prophezeien den wirtschaftlichen, sittlichen und politischen Verfall des Deutschen Reiches, wenn nicht über die Ehebetten der Spruch gestellt, notabene auch beachtet würde: „Seid fruchtbar und mehret euch!“

In Deutschland kamen auf 1000 Einwohner im Jahre:

| | | | |
|------|-----------|------|-----------|
| 1875 | | 42,3 | Geburten, |
| 1880 | | 39,1 | Geburten, |
| 1885 | | 38,5 | Geburten, |
| 1890 | | 37,0 | Geburten, |
| 1900 | | 36,5 | Geburten, |
| 1905 | | 34,0 | Geburten, |
| 1910 | | 30,7 | Geburten, |
| 1911 | | 29,5 | Geburten. |

In Preußen kamen auf 1000 Einwohner im Jahre 1900/01 37,3, 1909 32,7 und 1910 31,5 Geburten und in Sachsen im Jahre 1900/01 38,8, 1909/10 28,9 Geburten. Man hat die katholische Religion als Bollwerk gegen den Geburtenrückgang genannt; wir sehen jedoch, daß im frommen, rein katholischen Bayern die Zahl der Geburten auf 1000 Menschen im Jahre 1900/01 noch auf 38,1 stand, im Jahre 1909/10 aber auf 32,9 gesunken war.

In allen Kulturstaaten, über welche Nachweise vorliegen, ist ein Rückgang der Geburten zu verzeichnen. Von der Tendenz dieses Geburtenrückganges ist zurzeit nur noch Norwegen nicht erfaßt. Es fragt sich, wie lange noch.

Der Geburtenrückgang macht also nicht halt an den Grenzpfeilen eines Landes; er überspringt auch kühn die Gebote aller Religionen. Er ist international und interkonfessionell.

In Deutschland ist der Geburtenrückgang bereits so stark in die Erscheinung getreten, daß seine Bevölkerungszunahme seit Jahren nicht mehr auf einem Geburtenüberschuß, sondern auf dem Zurückweichen der **Sterblichkeitsziffer** beruht. Es kamen im Jahre 1875 auf 1000 Menschen 29,3, im Jahre 1910 17,1 und im Jahre 1912 16,2 Todesfälle. Hier sind nun eigentlich einer zielbewußten Bevölkerungspolitik die Wege gezeigt. Das Ziel muß sein, das an Menschenwerten am Leben zu erhalten und zu stärken, was bereits lebt. Da kann vorbeugend dem Eingehen von Lebewesen gesteuert werden auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, des Jugendschutzes, des Schwangeren-, Mutter- und Säuglingsschutzes. Hier sind Menschheitswerte für die Volkswirtschaft, für die Gesamtheit zu erhalten.

Die daraus erwachsenden Kosten muß die Volksgemeinschaft tragen. Staat und besitzende Klasse werden dann auch herangezogen. Das wollen unsere modernen „Sozialreformer“, die die Sozialreform in ihren wesentlichsten Teilen als abgeschlossen ansehen, aber nicht. Der einzelne, die Einzelfamilie soll die Last der Volksvermehrung aufgeladen erhalten. Daher behaupten die Fanatiker hoher Geburtenzahlen, die Sterblichkeitsziffer sei bereits an der äußerst günstigen Grenze angelangt.

Eine Erhöhung der Geburtenziffer soll durch Eingreifen der Gesetzgebung erreicht werden. Das Reich, das durch seine Wirtschaftspolitik dem einzelnen und den Familien den Unterhalt erschwert, durch seine Finanz- und Schutzollpolitik ins Unersehliche gesteigert hat, will durch die Macht eines Gesetzes die Volksvermehrung erzwingen. Die Parteien, die zur Auszehrung des Volkes beigetragen, einen wirksamen Schutz der Lebenden, vor allem auch Mutterschafts- und Säuglingsschutz abgelehnt haben, reichen nun den Regierenden hilfreich die Hand, befürchten sie doch, daß dem Staat das Mannenfutter, den Industriellen und den Agrariern die Ausbeutungsobjekte für absehbare Zeit nicht mehr in genügender Anzahl zur Verfügung stehen werden.

Um dem um seine Existenz schwer ringenden Kleingewerbe wieder einmal sozialpolitische taube Rüsse bieten zu können, wurde im November des verflossenen Jahres eine Novelle zur Gewerbeordnung vorgelegt. Darin wurden einige Gegenstände für das Feilhalten im Umherziehen verboten, darunter auch Gegenstände, die geeignet sind, die Empfängnis zu verhindern oder zu beseitigen. Während die Sozialdemokratie diesen Entwurf als einen weiteren unberechtigten Eingriff in die Trümmer der Gewerbefreiheit bekämpfte, ging er den übrigen Parteien nicht weit genug. Besonders das Zentrum wollte die Gelegenheit beim Schopfe fassen, um sich als Sitten- und Anstandsdame bei der Regierung wieder einmal in Erinnerung zu bringen. Nach dem es in mehreren Sitzungen die Kommissionsmitglieder über seine eigentlichen Pläne im unklaren ließ, legte es endlich eine Resolution folgenden Wortlauts vor:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf mit folgenden Bestimmungen vorzulegen:

Gesetz zur Verhinderung des Geburtenrückganges.

§ 1.

Der Bundesrat kann den Verkehr mit Gegenständen, die zur Verhütung der Empfängnis oder zur Beseitigung der Schwangerschaft bestimmt sind, beschränken oder untersagen. Soweit der Bundesrat den Verkehr mit einzelnen Gegenständen untersagt hat, ist deren Einfuhr verboten.

§ 2.

Mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft wird bestraft, wer einer Verkehrsbeschränkung oder einem Verkehrsverbot oder dem Einfuhrverbot (§ 1) zuwiderhandelt.

Ist der Verkehr oder die Einfuhr verboten, so kann neben der Strafe auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, sofern sie dem Täter oder einem Teilnehmer gehören.

Ist die Verfolgung oder die Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung, selbständig erkannt werden.

§ 3.

Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder mit einer dieser Strafen wird, wenn nicht nach andern gesetzlichen Bestimmungen eine schwerere Strafe verwirkt wird, bestraft, wer Gegenstände, die zur Verhütung der Empfängnis oder zur Beseitigung der Schwangerschaft bestimmt sind, öffentlich ankündigt oder anpreist.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung, soweit die Ankündigung oder Anpreisung in wissenschaftlichen Fachkreisen auf dem Gebiete der Medizin oder Pharmazie erfolgt.

Dieser Resolution traten zunächst alle Vertreter der bürgerlichen Parteien ohne jeden Vorbehalt bei. Wir Sozialdemokraten bekämpften die Resolution. Die Gegenstände, die verboten werden sollen, werden gebraucht bei der Geburtshilfe; sie dienen der Reinlichkeitspflege, und jene Mittel, die am sichersten die Empfängnis verhindern, sind auch der sicherste Schutz gegen gefährliche ansteckende Geschlechtskrankheiten, die in ihrem Verlauf zur Zeugungsunfähigkeit und Gebärfähigkeit führen. So ist dieser gesetzgeberische Plan eine Kur a la Dr. Eisenbart. Ueber die Gründe des Geburtenrückganges gingen natürlich unsere Anschauungen und die der bürgerlichen Politiker weit auseinander. Die Sozialdemokratie beantragte, für den Fall der Annahme der Resolution dem § 1 hinzuzufügen:

„Bei Gegenständen, die zu gesundheitlichen Zwecken Verwendung finden, gegen Ansteckung sichern oder zu Reinlichkeitszwecken erforderlich sind, darf der Verkehr nicht beschränkt und nicht verboten werden.“

Ferner dem § 3, der das Ankündigungs- und Anpreisungsverbot enthält, als Absatz 2 einzufügen:

„Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Gegenstände, die gesundheitlichen Zwecken dienen, gegen Ansteckung sichern oder zu Zwecken der Reinlichkeit erforderlich sind.“

Ein dritter sozialdemokratischer Antrag forderte, eine Sachverständigenkommission aus Ärzten, Vertretern der Industrie, des Handels und der Presse einzusetzen. Alle Anträge wurden abgelehnt. Die Nationalliberalen nahmen einen Grundsatz aus unserm ersten Antrage heraus und ver-

wandelten ihn in ein ausgeblasenes Ei, das nunmehr den Absatz 2 des § 1 bildet. Die Resolution wurde im § 1 in folgenden Wortlaut geändert:

§ 1.

Der Bundesrat kann den Verkehr mit Gegenständen, die zur Beseitigung der Schwangerschaft bestimmt sind, beschränken oder unterlagen.

Das gleiche gilt bezüglich der zur Verhütung der Empfängnis bestimmten Gegenstände insoweit, als nicht die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des gesundheitlichen Schutzes entgegensteht.

Die vom Bundesrat getroffenen Anordnungen sind dem Reichstag, wenn er versammelt ist, sofort, andernfalls bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen.

Soweit der Bundesrat den Verkehr mit einzelnen Gegenständen untersagt hat, ist deren Einfuhr verboten.

Die §§ 2 und 3 gelangten unverändert zur Annahme.

Inzwischen ist diese Resolution in einen Initiativantrag umgewandelt, der die Unterschriften von 214 bürgerlichen Abgeordneten trägt.

Die Bevölkerungsfrage ist in früheren Zeitperioden erörtert im Zusammenhang mit der sozialen Frage.

In England stellte der Geistliche und Geschichtsprofessor Malthus im Jahre 1798 den Satz auf, daß die Bevölkerung viel rascher zunehme als die Nahrungsmittel zunehmen könnten. Not und Elend müßten überhand nehmen, wenn die Bevölkerungszunahme zur Zunahme der Nahrungsmittel nicht in das richtige Verhältnis gebracht werde. Er forderte, nur jene sollten eine Familie gründen, die eine ernähren könnten. Dieser Nationalökonom empfahl das Schließen der Ehen in späteren Lebensjahren, in denen Männlein und Weiblein nicht mehr so — stürmisch zu sein pflegen, — und weiter — die Kleinhaltung der Familie!

Der berühmte englische Nationalökonom J. Stuart Mill hat seine ökonomischen Lehren auf diesen Grundsatz zum wesentlichen Teil eingestellt. In der Betätigung Malthus'scher Grundsätze, in der Kleinhaltung der Familie, erblickte dieser „Heilige“ der bürgerlichen Volkswirtschaft das einzige Mittel, „den Arbeitern auskömmliche Bezahlung“ zu garantieren!

So waren späte Heirat und Kleinhaltung der Familie auch geeigneter Schutz für Hochhaltung der Gewinnrate — des Profits. Kein Wunder, daß für dieses „Ideal“ sich auch deutsche Volkswirtschaftler und deutsche Politiker begeisterten.

Von letzteren hat im Jahre 1866 der Vizepräsident des Appellations-Gerichts zu Ratibor, Kirchmann, in Arbeiterversammlungen das Zweikindersystem empfohlen.

Vielleicht war er der einzige, dem wirkliches Fühlen mit den notleidenden Arbeitern diese Ermahnung auf die Lippen drängte.

Dann kamen Schäffle, der Exminister, und die zünftigen Nationalökonomten des neuen Deutschen Reiches Soetber, Roscher, Professor Wagner. Roscher hat die Malthus'sche Theorie „ein Besitztum für alle Zeiten“ genannt.

Professor Wagner schrieb: „Der große Geburten=Ueber= schuß hat seine Schattenseiten. Es werden Kinder über Kinder aufgezogen, für die Heimat, für die halbe Welt, für die überseeischen neuen Länder. Es sind die deutschen Volksangehörigen gegenwärtig beinahe den Juden gleich. Und überall, in Frankreich, in England, in Rußland, in Amerika und noch in vielen andern Ländern, in allen möglichen Erwerbs= zweigen, in Handelsgeschäften, in der Technik, im Lehrerberuf, freilich mehr in den dienenden als in den leitenden Stellungen verstreut.“

Da war also aus „völkischen“ Gründen der Segen des Be= völkerungszuwachses zu groß. Wagner dachte mithin ganz malthusianistisch.

Zu Anfang der neunziger Jahre hat man den Lohnforderungen der Arbeiter vielfach entgegengehalten: „Heiratet doch nicht zu früh! Zeugt nicht so viele Kinder!“

Für das soziale Elend machten bis in die neunziger Jahre hinein unfre Gegner ganz ungeniert die frühen und kinderreichen Ehen verantwortlich.

Dem Malthus'schen Grundsatz von der kleinen Familie ent= spricht sogar ein Teil des geltenden Rechtes. So führen das Vor= recht des Erstgeborenen beim Majorat und das Anerbenerrecht zur Einschränkung der Kinderzahl.

Wo Reich, Staat und Gemeinde als Arbeitgeber auftreten, wirken sie vielfach im Sinne der Geburtenverminderung. Reichsbetriebe setzen eine Gehaltsgrenze für das Heiraten fest, z. B. die Post= verwaltung. Beim Militarismus fordert man den Nachweis eines besonderen Vermögens und besonderer Einnahmen. Im Post=, Bahn= und Schuldienst entläßt man Beamtinnen, sobald sie sich verheiraten!

Neuerdings stellt man Wittwen als Lehrerinnen wieder ein, aber erst dann, wenn ein bestimmtes Alter erreicht ist und der weibliche Organismus jene Entwicklungsperiode überstanden hat, in der er von selbst „geburten= vermindernd“ wirkt.

Die Besitzenden haben nun seit Jahrzehnten ihre Familien klein gehalten. Solange die Geburteneinschränkung sich nur auf die oberen Zehntausend beschränkte, regten sich weder Regierende noch Weltpolitiker noch Sittlichkeitsfanatiker. Weil die Armeren und Wenigerbesitzenden jetzt aber auch anfangen, ihren Willen auf Kleinhaltung der Familie zu lenken, sehen neben Agrariern und Industriellen auch die Militaristen und Weltpolitiker den Untergang des Reiches vor ihrem geistigen Auge. Jetzt ist das Vaterland in Ge= fahr. **Heiliger Klapperstorch, hilf!** Jetzt ist Sittenlosigkeit, Mangel an Verantwortlichkeit, Selbstsucht, Vergnügungssucht, was einst von Stuart Mill als „einziges Mittel, den Arbeitslohn zu erhöhen und allgemein die Lage der Arbeiter zu bessern“, gepriesen wurde. Die Lehren der im bürgerlichen Deutschland angesehensten bürgerlichen Nationalökonom (Kleinhaltung der Familie) führen jetzt den Ruin Deutschlands herbei, wenn sie praktisch von der Arbeiterschaft geübt werden.

Ausländische Sozialisten, in Deutschland Lassalle und Marx, traten den Malthusianern entgegen. Marx stellte den Satz auf, daß jede besondere Warenerzeugungs- und Austauschperiode auch ihr eigenes Bevölkerungsgesetz habe. Die Auffassung Marx' muß dem aufmerksamen Beobachter als durch die Erfahrung bestätigt erscheinen.

In Zeitläuften ungehinderter kapitalistischer Entfaltung, in welchen die Nachfrage nach Arbeitskräften dauernd wächst, der Lohn steigt und die Kaufkraft des Geldes herabdrückende Tendenzen nicht in Wirkung sind, da nimmt die Bevölkerung zu. Das war in den ersten Jahren des Jahrzehnts 1870 bis 1880 — den Gründerjahren — der Fall. Im Jahre 1875 war die Geburtenzahl 42,3 pro Tausend.

Nun bringt aber die kapitalistische Staats- und Wirtschaftsordnung geburtenhemmende Tendenzen. Diese beobachten wir jetzt. Da ist zunächst die Unsicherheit der Existenz. Die Zahl der sozial Selbständigen verringert sich, die der Unselbständigen nimmt ungeheuer zu. Auch der Drang der meisten Eltern, die Kinder geistig und körperlich für den Kampf ums Dasein vorzubereiten, wirkt geburtenhemmend.

Die aufgezählten Dinge sind Begleiterscheinungen unsrer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Sie bestimmen bei einem verantwortungsvollen Ehepaar die Regulierung des Nachwuchses, die heute zu beobachten ist. Da gegen helfen keine Reden, keine Versammlungsbeschlüsse, auch keine paragraphierte Schlafstubenordnung!

Als 1869 die Gewerbeordnung beraten wurde, da meinte der Liberale v. Hennigs: „Gleich am Anfang steht die Polizei; das ist schon aus ästhetischen Gründen nicht gut.“

Jetzt kommt der Liberalismus und macht die Tür zur Schlafkammer auf, klopft den Vorhang des Bettes und deutet dem Schutzmann mit dem Finger an, was da drinnen vorgeht.

Unter den Gründen, die die bürgerlichen Politiker veranlassen, ein solches Gesetz zu fordern, ist auch die Politik zu finden. Von Herrn Raumann ist es ja bekannt, daß ihm nicht nur das deutsche Volk zu klein an Zahl ist. Diesem Herrn ist überhaupt Deutschland, ja die Welt zu klein; er möchte Mars und Mond erobern, wenn das möglich wäre. Von den weltpolitischen Plänen, die bei den Fanatikern hoher Geburtenziffern die treibende Kraft bilden, hat Herr Ludwig Rose, Bergassessor, am 14. November 1912 in der „Deutschen Tageszeitung“ die bergende Hülle hinweggezogen. In einem Ausruf ruft er den Deutschen zu:

„Seid fruchtbar und mehret Euch, Ihr Stämme Germaniens. . . . Und wird Euch Euer Land dabei zu eng, nun, so weitet seine Grenzen und schafft Euch neue koloniale Einflußgebiete, und erlahmt nicht eher im rastlosen Kampf, als bis Ihr die Welt erobert oder untergegangen seid. Niemals aber beschränkt freiwillig Euer Wachstum, ehe Ihr der Vorherrschaft Eurer Art nicht dauernd gewiß seid.“

Hier ist ausgesprochen, was viele denken, sich aber scheuen, ihre Gedanken offen zum Ausdruck zu bringen. Aber alle glauben sie, daß mit der Bevölkerungsziffer, wie sie sich jetzt entwickelt, die weltüberbenden, weltumspannenden Ziele sich nicht erreichen lassen.

Aber auch Fragen der inneren Politik sind treibende Kraft in den Absichten der „Volksvermehrter“. Den polenfeindlichen Statistiken treibt der Geburtenzuwachs der Polen den Angstschweiß aus den Poren. Seufzte doch schon Fürst Bülow über die kaninchenhafte Mehrung des polnischen Volkes. Das Gegengewicht wird nun gesucht in Mitteln, welche dem Geburtenrückgang der deutschen Bevölkerung steuern sollen: In frommen protestantischen Kreisen erkennt man neidvoll, daß in bestimmten Gegenden mit katholischem Bekenntnis die Bevölkerung noch eine etwas günstigere Geburtenziffer aufweist. Lange wird das ja nicht mehr dauern; die Angst, die katholische Bevölkerung könnte diejenige andern Glaubens überflügeln, wird sich bald als überflüssig erweisen. Zurzeit ist sie aber da und stimmt mit ein in die Rufe nach mehr Kindern.

Es ist mit ziemlicher Gewißheit damit zu rechnen, daß das geforderte Gesetz geschaffen wird. Aber auch dann werden die Hoffnungen nicht der Erfüllung entgegenreifen. Die Frage der Bevölkerung hat die Menschheit schon in den frühesten Zeiten beschäftigt. Die die Zunahme hemmenden Tendenzen sind immer wirksamer gewesen als die Maßnahmen, die auf eine Förderung der Geburten hinausliefen. Schon Moses verglich diejenigen, die zur Vermehrung des Stammes oder Landes nichts beitrugen, mit Mördern. Es heißt im Traktat Jebanoth VI. der Mischna: „Der Mann darf auf das Erzeugen von Kindern nicht verzichten, bevor er deren nicht mindestens zwei besitzt.“ *) Mangelhafter Geburtenzugang machte also schon diesem alten Herrn erhebliches Kopfschmerzen. Eine Fabrikation sanitärer, hygienischer Gummiwaren und die Herstellung chemischer, famentötender Mittel kannte man zu Moses Zeiten noch nicht. Es bestand keine lebensvernichtende oder lebensverhindernde Industrie, wie der Fortschrittler Dr. Raumann sie bezeichnet. Die geburtenhemmenden Ursachen von damals sind auch heute noch bekannt und trotz Gesetz anwendbar. Daneben gibt es eine Reihe einfacher Mittel, die von einem Verbote nicht erfaßt werden können.

Das Gesetz wird geburtenhemmend wirken, weil seine Wirkung in einer Zunahme geschlechtlicher Erkrankungen bestehen muß. Der § 3 mit dem Verbote der Ankündigung und Anpreisung der Mittel, die Schutz gegen Ansteckung verleihen, führt dahin, daß nur wenige Kenntnis von diesen Schutzmitteln haben. Eine Vorbedingung der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten: Belehrung, Aufklärung, wird beseitigt. Die Ziffern der geschlechtlich Erkrankten werden dann bald wieder anschwellen. Das ist um so bedenklicher, als es immer deutlicher zu werden scheint, daß das Salvarjan die Hoffnungen nicht erfüllt, die man auf seine Heilerfolge gegen die Syphilis

*) Dr. J. Marcuse, Die Beschränkung der Geburtenzahl. Verlag von Ernst Reinhardt, München.

setzte. Seiner Anwendung stehen ärztliche Autoritäten mit den größten Bedenken entgegen. Sein Erfinder, Professor Ehrlich, hat über sein Mittel öffentlich Äußerungen getan, die darauf schließen lassen, daß er selbst in Zweifel geraten, was größer ist: die Vorteile oder die Nachteile des Salvarsans. In der Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft teilte Geheimrat Lesser mit, daß im Jahre 1913 87 Todesfälle direkt und 187 Todesfälle indirekt auf Behandlung mit Salvarsan zurückzuführen seien. Da erscheint es geradezu verbrecherisch, wenn die Anwendung vorbeugender Schutzmittel erschwert oder gar unmöglich gemacht wird. Bestimmte Geschlechtskrankheiten zeitigen je nach ihrem Verlauf Zeugungsunfähigkeit und Unfruchtbarkeit. Hier liegt also die Gefahr nahe, daß eine Minderung der Geburten als Folge des Gesetzes eintritt.

Eine Mehrung der Geburtenziffer aber bedeutet, auch wenn sie erreicht wird, noch keine Zunahme der Bevölkerungsziffer. Die Staaten mit dem höchsten Geburtenzugang haben auch hohe Sterblichkeitsziffern der im ersten Lebensjahre stehenden Kinder aufzuweisen.

Für diese Behauptung bringt das Bayerische Statistische Landesamt einen schlüssigen Beweis. Danach kamen in achtzehn europäischen Staaten auf je 1000 Einwohner:

| | Lebendgeborene | Gestorbene | Geburtenüberschuß |
|----------------|----------------|------------|-------------------|
| Rußland | 43,9 | 28,9 | 15,0 |
| Bulgarien | 42,0 | 23,5 | 18,5 |
| Rumänien | 39,2 | 28,8 | 14,4 |
| Serbien | 38,5 | 22,1 | 16,4 |
| Oesterreich | 32,6 | 23,1 | 11,3 |
| Ungarn | 35,7 | 23,6 | 12,1 |
| Italien | 33,3 | 17,8 | 13,4 |
| Spanien | 33,1 | 23,3 | 9,8 |
| Portugal | 32,3 | 19,6 | 12,7 |
| Deutschland | 29,8 | 16,2 | 13,6 |
| Niederlande | 28,6 | 13,6 | 15,0 |
| Dänemark | 27,5 | 12,9 | 14,6 |
| Norwegen | 26,1 | 13,5 | 12,6 |
| Schweden | 24,7 | 14,0 | 10,7 |
| Großbritannien | 25,0 | 14,0 | 11,0 |
| Schweiz | 25,0 | 15,1 | 9,9 |
| Belgien | 23,8 | 15,2 | 8,6 |
| Frankreich | 19,6 | 17,8 | 1,8 |

So hat Rußland mit seiner höchsten Geburtenziffer auch die höchste Sterblichkeitsziffer und infolgedessen nur einen um 1,4 auf 1000 Einwohner günstigeren Geburtenüberschuß als Deutschland. Die Niederlande und Dänemark haben niedrigere Geburtenziffern als Deutschland, wegen niedrigerer Sterblichkeitsziffer aber einen größeren Geburtenüberschuß.

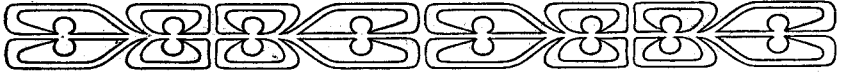
Die proletarische, die wenig oder nichts besitzende Frau soll hier Objekt der Gesetzgebung werden. Mutterpflichten und Mutterleiden einer armen Frau sind ganz andre wie die einer besitzenden Dame. Letztere leidet aber auch nicht halb so schwer unter der Last und den Schmerzen des Mutterwerdens und unter den Sorgen des Mutterseins. Vor dem Mutterwerden

hat die besitzende Frau Ruhe, Pflege, Bedienung, Zerstreuung. Wenn sie Mutter geworden ist, gehen die Arbeiten für den Sprößling, einschließlich des Stillens des Kindes, meist auf dienendes Personal über.

Anderß bei der schaffenden Frau! Sie muß bis zum letzten Augenblicke wirken, alle Arbeiten für den Ankömmling und für die übrigen Familienglieder selbst erledigen, und kaum ist die schwere Stunde verstrichen, so wuchtet die ganze Last der Arbeit wieder auf ihren Schultern. Da haben wir Sozialdemokraten bedauert, daß der Kampf der Arbeiterinnen ihnen noch nicht den Eintritt ins Parlament erzwungen hat. Hier könnten sie den Herren vom Bloß gegen den Rückgang der Geburten ordentlich den Text über diese Art der Gesetzgebung lesen.

Bloß zur Förderung der Geburten kann man nicht sagen; denn mancher der sehr verehrten Antragsteller steht im Hauptbuche der Bevölkerung auf der Habenseite mit einer Null oder einer mageren „1“. Mehr zum Bevölkerungszugang beizutragen, ging entweder „über die Kraft“ oder — gegen den Willen der Gemahlin. Daran wird die Zukunft auch nichts ändern. Das Gesetz prallt ab an dem Willen der Besitzenden. Es findet hemmende Dämme an den Einsichtigen und Weiterdenkenden in der Arbeiterklasse und den Mittelschichten, aber es wirkt als Ausnahmegesetz für die auf niederster Kulturstufe stehenden Ärmsten und Unerfahrensten. Das Gesetz ist ein Eingriff in die persönliche Freiheit, ein Nachschnüffeln in die intimsten Dinge! Wir lehnen ein solches Gesetz und jede Verantwortung dafür ab.





Rede des Genossen Dr. Silberstein.

□□

Meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir als Arzt und Hygieniker einiges auszuführen zu dem Gesetzesentwurf betreffend das Verbot der Antikonzeptionsmittel. Dieser Gesetzesentwurf ist nicht nur nicht imstande, seinen Zweck, nämlich den Geburtenrückgang aufzuhalten, zu erfüllen, im Gegenteil, er kann direkten schweren Schaden für die Volksgesundheit bringen, ohne irgendwie die gewünschte Zunahme der Geburten zu erzielen. Daß eine Abnahme der Geburten in allen europäischen Kulturländern seit dem Jahre 1871 vorliegt, ist eine bekannte Tatsache, die durch die Statistik erwiesen ist; dieser Rückgang der Geburten, der in den letzten Jahren bei uns, besonders in der Großstadt, recht erhebliche Dimensionen angenommen hat, macht unsern herrschenden Klassen doch etwas Sorgen, zumal sie befürchten, daß sie bald nicht mehr imstande sind, für den Militarismus genügend Menschenmaterial zu bekommen. Auf den Geburtenrückgang wirken eine Reihe von Momenten ein, teils wirtschaftlicher, teils kultureller Art; auf diese will ich hier nicht eingehen. Meine Aufgabe ist es, als Arzt darauf hinzuweisen, welch bedeutenden Einfluß gerade die Geschlechtskrankheiten auf die Geburten ausüben. Von den Geschlechtskrankheiten ist die häufigst vorkommende Krankheit der Tripper; sie trifft in den Großstädten fast jeden jungen Mann und ist außerordentlich ansteckend. Als Folgeerscheinung des Trippers tritt nicht selten die Hodenentzündung auf, in etwa 9 bis 10 Prozent aller Fälle, von denen eine nicht unerhebliche Zahl zur Unfruchtbarkeit des Mannes führt. Aber nicht nur in dieser Weise wirkt der Tripper geburtenvermindernd, sondern wenn er auf die Frau übertragen wird, erzeugt er Gebärmutter-, Eierstock- und Eileiterentzündungen, schwere Erkrankungen des Beckenzellgewebes, führt so zu langdauerndem Siechtum der Frauen und zur Unfruchtbarkeit. Burthard hat festgestellt, daß aus 249 Ehen Tripperkranker bei durchschnittlicher Dauer von 8,71 Jahren 523 Kinder hervorgehen, aus 356 Ehen gesunder Eltern bei 8,89jähriger Dauer 1119 Kinder. Auf 100 tripperfreie Ehen entfallen also 318 Kinder, auf 100 Ehen tripperkranker Eltern entfallen nur 210 Kinder, also 33 Prozent weniger. Prentzing hat berechnet, daß infolge Geschlechtskrankheiten des Mannes allein ein Ausfall von 100 000 Geburten in 350 000 Ehen in Deutschland zu konstatieren ist. Dazu kommt noch die große Zahl von Einfinderehen, die man bei Gonorrhoeikern (Tripperkranken) beobachtet. So hat

Benkler festgestellt, daß unter 1000 Ehen von tripperkrankt gewesenen Männern ganz unfruchtbar waren 124, Einkinderehen waren 187. Den ganzen Umfang der Geburtschädigung infolge der Syphilis festzustellen, ist unmöglich; die große Zahl der Aborte infolge Syphilis kommt überhaupt nicht zur Meldung. Sehr häufig führt sie zu Totgeburten; aber auch Unfruchtbarkeit kann sie zur Folge haben. Jedenfalls ist die Schätzung Blaschko, daß auf hundert syphilitische Ehen ein Ausfall von zehn Kindern gegenüber hundert gesunden Ehen kommt, sicher nicht zu hoch gegriffen. Da der Tripper einen Ausfall von 50 Kindern auf 100 Ehen erzeugt, ist es gewiß nicht zu hoch gegriffen, wenn man sagt, daß durch die Geschlechtskrankheiten insgesamt ein Ausfall von 60 Kindern auf 100 Ehen zu konstatieren ist. Dieser Ausfall wird noch verschlimmert dadurch, daß der Nachwuchs syphilitischer Ehen vielfach sehr kurzlebig, der überlebende Teil degeneriert und für die künftige Rasse nur sehr wenig wertvoll ist.

Es dürfte also wohl erwiesen sein, wie außerordentlich schädigend gerade auf die Geburten und den Nachwuchs die Geschlechtskrankheiten quantitativ und qualitativ einwirken. Als das wirksamste Mittel gegen die Ansteckung mit Geschlechtskrankheiten hat man stets von ärztlicher Seite diejenigen Mittel angesehen, die man jetzt als Antikonzeptionsmittel unter besondere Gesetzesbestimmungen stellen will. So sagt Grotjan: „Die rückhaltlose Empfehlung der Schutzmittel bis zur völligen Kenntnisaufnahme durch die Gesamtbevölkerung von Beginn der Geschlechtsreise an ist eines von den Zielen, welche sich die geschlechtliche Aufklärung stecken muß, wenn sie nicht Schönrederei treiben will.“ Treffliche Worte hierüber sagte auch Blaschko im Jahre 1904: „Es muß einmal öffentlich ausgesprochen werden, daß, wenn auch der Schutz, den diese Mittel gewähren, kein absolut und ausnahmslos wirkender, derselbe doch ein außerordentlich hoher ist. Das eine dieser Mittel (gemeint ist das Kondom) existiert seit nunmehr 200 Jahren und hat in dieser Zeit sicherlich Hunderttausende, vielleicht Millionen vor der Syphilis gerettet. Es ist gar nicht auszudenken, wieviel Unglück in dieser ganzen Zeit ganz allein durch die Anwendung dieses Mittels verhütet worden ist. Es ist nicht unmöglich, daß ohne dasselbe die Syphilis heute eine Krankheit aller Menschen wäre.“

Aber noch aus einem andern Grunde müssen wir Ärzte und Hygieniker darauf hinwirken, den Vertrieb dieser Schutzmittel zu erleichtern statt zu erschweren. Wir müssen nämlich dahin streben, daß recht vielen Menschen die Möglichkeit gegeben ist, recht frühzeitig in die Ehe zu treten; wissen wir doch, daß der außereheliche, besonders der Geschlechtsverkehr mit Prostituierten außerordentlich viel zur Verbreitung der Geschlechtskrankheiten beiträgt. Aus hygienischen also wie ethischen Ursachen muß alles geschehen, um Eheschließungen in möglichst jungen Jahren zu ermöglichen. Dazu ist es notwendig, die jungen Leute über die Schutzmittel aufzuklären, um ihnen zu beweisen, daß sie auch in die Ehe treten können, ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein, kurz nach der Ehe, wenn die Mittel noch nicht ausreichen, eins oder mehrere Kinder miternähren zu müssen. Gerade diese wirtschaftliche Frage hält zu viele Leute von der Ehe ab. So kann man gerade auf

diese Weise früheren und vermehrten Abschluß der Ehen veranlassen, wenn man den Gebrauch der Antikonzeptionsmittel möglichst dem freien Verkehr überläßt; sie wirken zwar geburtenvermindernd auf der einen Seite, dagegen entschieden geburtenverbessernd auf der andern Seite durch Verminderung der Ansteckungsgefahr mit den Geschlechtskrankheiten. Dieser ganze Gesezentswurf zeigt wieder einmal so recht, mit wie wenig hygienischem Verständnis man bei uns Geseze macht; man beobachtet den Geburtenrückgang, hört auch einmal von der Agitation, die in Volkstreifen für willkürliche Geburtenbeschränkung einsetzt, womit ja notabene die Sozialdemokratie nicht das geringste zu tun hat, und flugs ist man bei der Hand und denkt, durch Polizeigewalt, durch Verbot und Erschwerung des Vertriebes der Antikonzeptionsmittel nun mit Gewalt die Geburtenziffer in die Höhe zu treiben. Da sollten sich unsre weisen Gesezesfabrikanten wirklich mal in London umschauen, wo solche Verbote wirklich bestehen. Die einfache Folge des Verbotes ist die Zunahme der kriminellen Aborte; so hat in Amerika, wie alle Autoren bestätigen, die Zahl der kriminellen Aborte eine schreckenerregende Höhe erreicht. In Frankreich zählt man jetzt etwa 500 000 pro Jahr!

Aber auch bei uns ist in den Kreisen, welche nicht mit den Mitteln zur Verhütung der Empfängnis vertraut sind, der kriminelle Abort an der Tagesordnung. Jeder Arzt, der in Proletariervierteln praxiziert, weiß, wie oft an ihn das Verlangen herantritt, und wie er es zurückweisen muß mit dem Hinweis auf das gesetzliche Verbot und die drohenden schweren Strafen, obwohl er oft die unglaubliche Notlage der Frauen und die Zwecklosigkeit der Schwangerschaft anerkennen muß. Gerade der Arzt, der das Elend der Proletarierfamilien kennt, hat die Pflicht, aufklärend zu wirken über die Mittel zur Verhütung der Empfängnis, die in den wohlhabenden und gut-situierten Kreisen wohlbekannt sind. Trefflich sind die Worte, die Max Hirsch über diese Frage ausspricht. Er sagt: „Wer die Fruchtabtreibungen bekämpfen will und die antikonzeptionellen Mittel verbietet, tut dasselbe, wie derjenige tun würde, welcher eine Seuche bekämpfen will und die Desinfektion verhindert. Die antikonzeptionellen Mittel sind nämlich wichtige Bundesgenossen im Kampfe gegen die Fruchtabtreibungen. Werden sie dem Volke genommen, so wird die Zahl der unerwünschten Schwangerschaften und ihrer Beseitigungen um so größer. Nur dem Gebrauch der antikonzeptionellen Mittel ist es zu danken, daß die Zahl der Fruchtabtreibungen nicht ins Unermehliche steigt, und die Frage ist durchaus berechtigt, daß das Verbot der antikonzeptionellen Mittel ein schrankenloses Umfingreifen der Fruchtabtreibungen mit ihren unheilvollen Folgen für Leben und Gesundheit der Frauen nach sich zieht.“ Aber alle diese Momente scheinen unsre Gesezgeber nicht zu kennen, da ja selbst ein Naumann, der sich freisinnig nennt, ein Haupttrüser in diesem Streit um den Gebärzwang ist. Und dabei muß doch jeder, der einen auch noch so geringen Einblick in die Lage des Proletariats hat, zu der Ueberzeugung kommen, wieviel Menschenkraft, wieviel Nationalvermögen nutzlos verschleudert wird durch die große Zahl von Schwangerschaften und Geburten von Kindern, die infolge der elenden wirtschaftlichen Lage zu einem erheblichen Bruchteil schon im ersten Jahre wieder

zugrunde gehen. Unsere Säuglingssterblichkeit ist immer noch eine sehr hohe, und sie ist dort am höchsten, wo die Wohnungsnot am größten ist, wo die Menschen am engsten zusammengedrückt sitzen. So hat eine Statistik für Neukölln ergeben, daß in einem Bezirk von 100 Säuglingen fast fünf- und zwanzig im ersten Lebensjahre sterben; in diesem Bezirke gab es 309 oder 22 Prozent **Einzimmerwohnungen**, die mit fünf und mehr Personen bevölkert waren. Deutlicher kann der Zusammenhang zwischen Säuglingssterblichkeit und sozialer Notlage nicht bewiesen werden. Wie oft klagen und jammern die Proletarierfrauen über ihr Elend, wenn der Arzt bei ihnen die so und so vierte Schwangerschaft feststellt und die Familie nicht weiß, wie sie die Mittel zur Ernährung der Kinder aufbringen soll. Mir selbst ist es schon passiert, daß eine Mutter, die soeben ein scheinbares Kind geboren hatte, als sie die Bemühungen von Arzt und Hebamme sah, das Kind wieder ins Leben zurückzurufen, sagte: „Ach, Herr Doktor, Sie geben sich so viel Mühe, das Kind zum Leben zurückzubringen, und wir wissen nicht, womit wir den Hunger stillen sollen.“ — Hier liegen die Wurzeln des ganzen Elends! Die Notlage der arbeitenden Klassen steigert sich von Jahr zu Jahr; Wohnungspreise, Lebensmittel, alles wird teurer, aber hier reformierend zu wirken, daran denkt niemand von den besitzenden Klassen. Alles, was in dieser Hinsicht geschieht, ist mangelhaft und unzureichend. Da hofft man denn durch die Gesetzesvorschriften etwas zu erreichen, die nur dem armen Volke den Erwerb der Antikonzeptionsmittel erschweren, für die besitzenden Klassen aber alles beim alten lassen, — denn wer das nötige Geld hat, wird sich nach wie vor die Mittel beschaffen können und die Geburtenzahl regeln, wie er es für richtig hält; nur das Proletariat soll weiter dafür sorgen, daß für unser herrliches Kriegsheer der Nachwuchs zum Kanonenfutter nicht mangelt.

Aber auch dieser Angriff der Reaktionäre muß machtlos abprallen, um so mehr, als er völlig die sozialen und hygienischen Gesichtspunkte verkennt, die für den Rückgang der Geburten in Frage kommen. Sollte er Gesetz werden, so wird er wohl die Zahl der Geschlechtskrankheiten und die kriminellen Aborte vermehren, ein Kulturvolk aber mit Gewalt dazu zu zwingen, Kinder in Massen in die Welt zu setzen, wenn die sozialen Zustände einer großen Zahl doch einen frühen Tod bringen, dazu wird er nicht imstande sein.

Deswegen haben auch alle medizinischen Autoritäten sich gegen diesen Gesetzesvorschlag erklärt, und ich kann meine Ausführungen nicht besser schließen, als mit den Worten von Professor Bazinski, der ausführt: „Will die Regierung einen größeren Kinderreichtum, dann mag sie die Steuern herabsetzen oder die Hälfte der Kinder auf Staatskosten erziehen lassen, und sie wird sehen, wie schnell sich die Zahl der Kinder vermehren wird. Jene Präventivmittel, die dem öffentlichen Verkehr entzogen werden sollen, sind heute die besten Schutzmittel gegen die Ansteckungsgefahr.“

So stellt sich die Vorlage als ein Ausbund von Unvernunft dar!



Rede der Genoffin Luife Zieck.

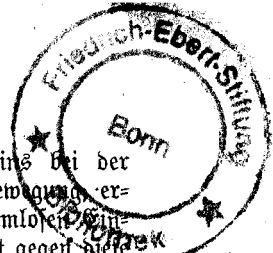


Sehr geehrte Anweſende!

Der erzreaktionäre Charakter des zur Beſprechung ſtehenden Antrages iſt durch die Darlegungen meiner Vorredner grell beleuchtet worden. Das geforderte Geſetz iſt eine Ungeheuerlichkeit und eine Torheit. Einer ſo allgemeinen Erſcheinung wie dem Geburtenrückgang, die wurzelt in dem großen Komplex wirtſchaftlicher, ſozialer und politiſcher Verhältniſſe unſrer Zeit, glaubt man beikommen zu können, wenn man den Bundesrat mit diſkretionärer Gewalt auſrüſtet, den Verkauf von antikonzeptionellen Mitteln zu verbieten und dem Büttel den Auftrag gibt, die Sünder, ſo wider dieſes Verbot handeln, zu ermitteln und vor den Kadi zu ſchleppen. Geſchähe das, wäre damit der Polizeiſchnüffelei und dem Denunziantentum Tor und Tür geöffnet und der moralische Schaden für das Volk würde ſich den bereits geſchilderten geſundheitlichen Gefahren zugeſellen. Der Polizei, und gar unſrer Polizei, die mit Agents provokateurs und mit Spizeln a la Keiling arbeitet, die im Kölner Polizeiſteſchungsprozeß, im Beuthener Roheitsprozeß und in tauſend andern Fällen ſich im hellen Glanze ihrer „untadeligen“ Amtsführung gezeigt, die bei der Theaterzenſur, beim ſtaatlichen Kampfe gegen die „Unſittlichkeit“, gegen die Schundliteratur und in vielen andern Dingen den „glänzenden Befähigungsnachweis“ für alle dieſe Aufgaben erbracht, indem ſie mit ſchier unerreichter Geſchicklichkeit ſich eine Blamage nach der andern zuzog und Deutſchland dem Gelächter der Welt preisgab, dieſe Aufgabe zuzuweiſen!

Aber unſre Rückwärtſer wiſſen keinen andern Rat als den Ruf: Polizei her! Strafrichter vor! Bundesrat verordnie! Der ſtaatliche Gebärzwang nur kann helfen! Und dieſer Ruf kommt von denſelben Herren, die durch ihre geſamte Wirtſchafts- und Zollpolitik, durch das Bremsen in der Sozialpolitik die Urfachen der Furcht vor allzu großem Kinderſegen in den Kreiſen der Minderbemittelten erſt geſchaffen, mindestens ſtark vermehrt haben.

Als ich den verrückten Antrag zuerſt las, erinnerte ich mich an jenen „berühmt“ gewordenen Brief Friedrichs des Großen, den er am 26. Dezember 1741 an Voltaire ſchrieb, in dem es hieß: „Ich betrachte die Menſchen als eine Herde Hirſche in dem Wildpark eines großen Herrn, die keine andre Aufgabe haben, als den Park zu pöblieren.“ Und mit Bitterkeit fragte ich mich: Soll das etwa auch heute noch gelten?



Heute, in der Zeit des erwachten Persönlichkeitsbewusstseins bei der großen Masse des Volkes, in der Zeit der glänzenden Arbeiterbewegung, trägt weder der einzelne noch die Masse geduldig einen solch schamlosen Eingriff in ihre persönliche Freiheit, sondern wird sich mit ganzer Kraft gegen diese Tyrannei wehren. Freilich, das geforderte Gesetz wird in der Praxis nicht alle treffen, sondern nur die Minderbemittelten, und das sollte es wohl auch von vornherein; denn solange die Besitzenden allein ihre Familien künftlich klein hielten, hat niemand daran Anstoß genommen; erst als auch die Minderbemittelten, vor allem die Arbeiter, die gleiche Praxis zu üben begannen, erklang der Ruf nach Zwangsmaßnahmen.

Die reiche Dame wird aber auch dann leicht Rat und Hilfe bei ihrem Hausarzt finden oder, da sie reichlich zahlen kann, trotz aller Verbote die Präventivmittel im geheimen kaufen können. Für Geld kann man bekanntlich „den Teufel tanzen lassen“, warum denn nicht verbotene Sachen kaufen? Ja, selbst wenn die Fabrikation der antikonzeptionellen Mittel in Deutschland verboten werden könnte und verboten würde — die Kinderverhinderungs-Industrie, wie Pfarrer Raumann sie nennt —, wäre die Erlangung dieser Mittel für reiche Leute nicht schwer. Es würde, wenn der Profit, der winkt, nur groß genug ist, alsbald ein schwungvoller Schmuggel entstehen, um den deutschen Bedarf zu decken. Dagegen würde sich das Gesetz mit aller Wucht gegen die armen Frauen kehren, die aus großer Not dazu kommen, die Kinder-schar klein zu halten.

Das verlangte Gesetz enthüllt sich also als ein Ausnahmegesetz, als nackte Klassenmaßregel gegen die Arbeiter und die sonstigen nicht reichen Leute und fordert um so mehr zum schärfsten Protest heraus.

Und zu diesem Protest sind wir um so mehr berechtigt und berufen, weil wir mit derselben Schärfe die törichte Anschauung bekämpft haben, die die Geburteneinschränkung als revolutionäre Waffe im Klassenkampfe pries, als ein Mittel, die Klassenlage der Arbeiter zu heben. Wir haben stets betont, so sehr die Geburteneinschränkung für den einzelnen notwendig, ja unentbehrlich sein kann, so wenig kann sie als allgemeine Maßregel zur Hebung der Klassenlage der Arbeiter oder gar als Mittel zu ihrer Befreiung angesehen werden. Unfreiheit und Ausbeutung als Ursachen der elenden Klassenlage wurzeln im Kapitalismus und werden nur mit dessen Ueberwindung verschwinden. Wird die Notlage des einzelnen durch eine große Kinderschar verstärkt und unerträglich, ist es seine ureigenste persönliche Angelegenheit, einen zu reichlichen Kindersegen hintanzuhalten, und weder eine Partei noch der Staat haben dabei etwas dreinzureden.

Pfarrer Raumann, der den reaktionären Antrag mit unterzeichnete, vielleicht gar sein intellektueller Urheber ist, hat in der Nummer 133 des „Berliner Tageblatts“ seinen Standpunkt verteidigt. Er sagt dabei u. a.: „Ein Volk kommt körperlich und geistig nur vorwärts, wenn es weiterleben will. Dieser Wille zum Leben ist aber eine sehr verwickelte seelische Erscheinung.“ Sehr wohl, und dann glaubt Herr R. mit dem Polizeiknüppel auf diese verwickelte seelische Erscheinung wirken zu können?

Freilich soll das geforderte Gesetz, wie er befängtigend hinzufügt, nur der erste Schritt sein, den Geburtenrückgang einzudämmen; „weitere Schritte müßten alsdann auf dem Gebiete der sozialen Erleichterungen des Willens zum Kinde liegen“. Ei nun, wer einsieht, daß soziale Erleichterungen notwendig sind, der sollte doch alles daransetzen, daß d a m i t der Anfang gemacht wird, daß also die beabsichtigten „weiteren Schritte“ die „ersten“ würden; alsdann könnte der Gedanke an solch entwürdigende und empörende Zwangsmaßnahmen gegen eine freiheitsliebende Bevölkerung gar nicht erst aufkommen und Wurzel schlagen.

Herr N. ist weiter der Ansicht, daß es notwendig sei, „die verschiedenen Einflüsse zu untersuchen und in ihrem gegenseitigen Verhältnis abzuschätzen, die auf den Lebenswillen wirken“. Sicherlich wird man das müssen, sofern man diese Einflüsse nicht kennt. Denn dieser „Wille zum Leben“, um mit N. zu reden, diese „verwickelte seelische Erscheinung“, ist wahrhaftig keine Abstraktion, keine Gabe, die vom Himmel gefallen ist, sondern eine Erscheinung, die der Gesamtsumme der Verhältnisse, in denen wir leben, entsprossen ist, die stärker oder schwächer wird, je nachdem die Verhältnisse sich ändern oder, um mit N. zu reden, „je mehr oder weniger die sozialen Erleichterungen des Willens zum Kinde“ einsetzen.

Aber diese Summe der Verhältnisse, die zur Geburtenbeschränkung geführt, sie sollten, meine ich, allbekannt sein, denn sie bestehen nicht erst seit gestern und heute, sondern seit vielen Jahren, ihr Einfluß ist höchstens mit der Zeit gewachsen und die Entwicklung der medizinischen Technik, die eine Verbesserung der Präventivmittel brachte, ist jetzt fortgeschritten.

Wer aber die Summe dieser Verhältnisse nicht kennt und doch, bevor er sie studiert, mit solch gemeingefährlichen Gesetzesvorschlägen kommt, handelt mit einer Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit, die ihresgleichen sucht.

Und obgleich Herr N. die Einflüsse, wie er angibt, nicht kennt, prägt er das böse Wort „Versicherungssinn“, das den Lebenssinn in den Kreisen der festbesoldeten und pensionsberechtigten Beamten eingeschränkt haben soll. Ich war verblüfft über die Oberflächlichkeit eines solchen Urteils. Nicht die Sicherung der Existenz durch festen Sold und Pension für jene Glücklichen, die Stellung haben, wirkt hier allein oder in erster Linie auf „den Willen zum Kinde“, sondern umgekehrt das große Ueberangebot der Kräfte in dieser Beamtenkategorie, die dadurch bedingte Unsicherheit der Existenz und das niedrige Gehalt, die Tatsache, daß nur verhältnismäßig wenig den rettenden Hafen der Festbesoldung erreichen, ohne damit der Kargheit der Lebenshaltung entrückt zu sein, führt zur Geburteneinschränkung.

Die Geschichte hat uns gelehrt, daß nicht nur stets für jeden gesellschaftlichen Typus das Bevölkerungsgesetz ein anderes war, sondern auch, daß neben den natürlichen Verhältnissen überall die Dekonomie, die Technik und die Sitte es beeinflussten und beherrschten. Soweit jetzt die Arbeiterklasse in Betracht kommt, möchte ich die in Frage kommenden besonderen Einflüsse in zwei Kategorien teilen: erstens die niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus, die äußeren Lebensnöte und zweitens der kulturelle Aufstieg der Arbeiterklasse, durch den die inneren Lebensnöte fühlbarer und drückender werden. Zu den

ersteren rechne ich : die relativ niederen Löhne der Arbeiter, die hohen Lebensmittelpreise, in Deutschland enorm gesteigert durch Zoll- und Steuerpolitik ; hohe Wohnmieten als Folge des Grund- und Bodenzuwachses, die zwingen zum Wohnen in engen licht- und luftarmen Räumen, in denen die Kinder verkommen und als große Last empfunden werden ; die Unsicherheit der Existenz, lange Arbeitslosigkeit, Kinderarbeit und Steigerung der Frauenerwerbsarbeit. Namentlich die Frauenerwerbsarbeit schafft physiologische und psychologische Ursachen des Geburtenrückganges : die lange Arbeitszeit, die ungesunde Art und Methode der Arbeit, die Einwirkung gewerblicher Gifte auf den Organismus verdammen viele Frauen zur Unfruchtbarkeit, bedingen viele Fehl- und Totgeburten. Von der Einwirkung der Geschlechtskrankheiten und des Alkoholmißbrauchs auf die physiologische Gebärfähigkeit rede ich hier nicht weiter, da meine Vorredner diese Seite der Frage behandelt haben. Daneben stimmt die Lockerung des Familienlebens, die es der Frau schwer, oft unmöglich macht, im innigen Verhältnis zu ihren Kindern zu bleiben, sicherlich nicht gebärfreudiger ; in der gleichen Richtung wirkt die Not, die sie selbst zur Unterernährung zwingt, die bedingt, daß das Kind im Mutterleibe hungern muß, daß sie den Säugling nicht genügend pflegen und entsprechend nähren kann, daß sie die schulpflichtigen Kinder unterernährt, oft ohne Frühstück und nüchtern in die Schule schicken muß. Und wenn dann der kulturelle Aufstieg ihrer Klasse die Sehnsucht nach Bildung, nach einem reicheren geistigen Besitz in ihr weckt, das steigende Schönheits- und Kunstbedürfnis auch sie erfasst, der lebhafteste Wunsch, den Kindern eine bessere Bildungsmöglichkeit zu erschließen, sie nicht mehr verläßt, wenn trotz der Ungunst der Verhältnisse das heiße Verlangen nach mehr Lebensfreude und einem reicheren Lebensinhalt noch nicht ganz gemordet wurde, so mag das vom preußischen Polizeiminister Dallwitz als Genuß- und Vergnügungssucht geschmäht und von den Angehörigen der herrschenden Klassen als verdammenswerte Begehrlichkeit verunglimpft werden ; wir sehen darin Zeichen erwachter Menschenwürde und fortschreitender Kultur und wir verstehen es, daß die Sehnsucht nach reichem „Kinderseggen“ nicht aufkommen kann, wenn die Erfüllung solcher Wünsche unerfüllt bleibt, ja mehr noch, die Fristung der nackten Existenz immer schwerer wird.

Wie traurig es um die Ernährung der Arbeiterkinder bestellt ist, das künden uns die Ergebnisse der Körperuntersuchungen der Schulkinder durch die Schulärzte, das wird erhärtet durch die Erhebungen des Vereins für Volkswohlfahrt, durch die Feststellungen der Direktoren in Berliner Schulen, durch eine Reihe von Monographien über Ernährungsverhältnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen u. a.

Just jene Frauen, die jubelnd dem prächtigen Niesschewort zustimmen, das da sagt : „Nicht nur fort sollst du dich pflanzen, sondern hinaus ! Dazu helfe dir der Garten der Ehe. . . Ehe heiße ich den Willen zu zweien, das eine zu schaffen, das mehr ist als die es schufen !“ Just diese Frauen werden, erfüllt von einem sozialen Verantwortlichkeitsgefühl und von liebevoller Voraussicht für das ungeborene Kind, leicht zurückschrecken, wieder und wieder Kinder zu gebären, für die sie kein Brot und keine Zeit zur Pflege, zur Erziehung haben. Und dazu schreckt noch ein weiteres : die

furchtbare Verschwendung von Frauenkraft, solange dank der ungünstigen sozialen Verhältnisse die Säuglingssterblichkeit eine so grauenvoll hohe ist.

1905 starben 407 996 = 20,5 Prozent Säuglinge,

1908 starben 359 022 = 17,8 Prozent Säuglinge,

1910 starben 311 462 = 16,1 Prozent Säuglinge,

im Jahre 1911 dagegen wieder 359 522 = 19,2 Prozent Säuglinge, davon die überwiegende Mehrzahl in Arbeiterkreisen. In Halle wurde 1907 durch staatliche Erhebung festgestellt, daß von 100 Säuglingen 4,3 Prozent starben, wenn der Vater höherer Beamter, 24,1 Prozent, wenn der Vater ungelernter Arbeiter war.

In Berlin betrug die Säuglingssterblichkeit in

| | |
|--|----------------|
| Weißensee | 31,91 Prozent, |
| Britz | 29,34 Prozent, |
| Nichtenberg | 25,11 Prozent |
| und im westlichen Willenviertel Dahlem | 6,67 Prozent. |

Es ist gewiß ein ungeheurer Mißbrauch der Frauenkraft, wenn in manchen Familien zehn, zwölf und mehr Kinder geboren werden, von denen zwei bis drei am Leben bleiben. Kraft, Gesundheit und Lebensmut haben diese Frauen, die zum Gebärapparat herabgedrückt sind, drangegeben. Große finanzielle Opfer sind bei der Geburt und beim Begräbnis gebracht, die für unsere wirtschaftliche und kulturelle Aufwärtsentwicklung völlig verloren gehen.

Energie und Willensstärke, die für Schwangerschaft und Geburt von Todeskandidaten verbraucht wurden, hätten nutzbar gemacht werden können für ihre geistige Weiterentwicklung und für die Betätigung in unserm Befreiungskampf. Statt nach Zwangsmaßnahmen zur Vermehrung der Geburten zu schreien, sollten die Väter des unsinnigen Antrages für eine Bevölkerungspolitik eintreten, die auf Menschenökonomie basiert, die für eine rationelle Erhaltung des vorhandenen Menschenmaterials sorgt.

Zu der hohen Säuglingssterblichkeit und der hohen Zahl der Kinder, die bis zum fünften Lebensjahre sterben, kommt die erschreckend hohe Zahl der durch die soziale Ungunst Verkrüppelten; 90 000 schulpflichtige Krüppel zählt Deutschland. Dazu die traurige Tatsache, die uns der preußische Medizinalbericht von 1909 meldet, daß in Preußen 128 822 Entbindungen ohne Hebamme oder ärztliche Hilfe erfolgten. Kein Wunder, daß Tausende infolge der Mutterschaft krank und siech bleiben, Tausende von Kindern bei der Geburt zugrunde gehen.

Fürchterliche Opfer rafft auch das Kindbettfieber dahin. In den Orten mit 10 000 Einwohnern und mehr sind in den Jahren von 1897 bis 1901 jährlich durchschnittlich 822, in den Jahren von 1902 bis 1907 1132, 1908 1213, 1910 sogar 2879 elend im Kindbett verendet, trotzdem man den Erreger des Kindbettfiebers, die Kettenstollen, längst kennt und weiß, daß peinliche Sauberkeit und eine säulniswidrige Behandlung ihn unschädlich macht.

Als es sich aber bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung darum handelte, diesen traurigen Erscheinungen durch eine durchgreifende Fürsorge für Mutter und Kind entgegenzuwirken, da haben die bürgerlichen Parteien geschlossen alles niedergestimmt, was an Reformanträgen von der Sozialdemokratie eingebracht und mit einer Fülle von Tatsachen begründet worden ist.

Die Brutalität kapitalistischer Interessenvertretung und das Fehlen jeder Rücksichtnahme auf das lebendige Menschentum der Besitzlosen ist selten greller beleuchtet worden als durch die Behandlung der Forderungen der Mutter- und Säuglingsfürsorge.

Der Grausamkeit jener, die auf den Höhen des Lebens in der Sonne wandeln und doch den geringen Schutz verweigerten, der die Mutterschaft Hunderttausender um ein wenig vor den zermalmenden Einflüssen des Kapitalismus bewahren sollte, reißt sich würdig die Brutalität und Schamlosigkeit der Väter des jetzigen Antrages an. Nachdem also durch Bremsen der Sozialgesetzgebung, durch Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, durch eine unerträglich gewordene Verteuerung der Lebensmittel- und Wohnungspreise, durch die fortgesetzten Angriffe auf unser Koalitionsrecht, durch Vermehrung der staatlichen Lasten das Los der Arbeitenden schwer und schwerer gemorden, die Freude am Kinde vergiftet ist, jammern die Herrschenden über die abnehmende Elternfreudigkeit in Arbeiterkreisen und möchten sie ihnen durch den Büttel wieder einbleuen. Ein verfehltes Beginnen! Polizei und Strafrichter sind hier machtlos. Helfen können lediglich soziale Reformen, deren wichtigsten wir Ihnen in einer Entschließung unterbreiten. Jede Million, dem völkermordenden Militarismus abgezwaht und der volkserhaltenden Sozialpolitik zugewendet, wird segensreich in der angegebenen Richtung wirken.

Die erhobenen Forderungen sprechen für sich selbst, zudem sind unsere Referate die Begründung für sie. Deshalb auch nur ein Wort zur Begründung der letzten Forderung, des demokratischen Wahlrechts für beide Geschlechter: Die Durchsetzung der erhobenen Reformforderungen erfolgt in den Parlamenten; für sie zu kämpfen und sie zu erzwingen ist um so leichter und aussichtsvoller, je mehr Einfluß die breiten Massen des Volkes, seine Männer und Frauen, auf die Entschlüsse der Parlamente haben, durch den Besitz des Wahlrechts. Das Wahlrecht ist also eine notwendige Waffe wie in unserm Klassenkampf überhaupt, so auch hier in dem Ringen um diese dringend notwendigen Reformen.

Wir haben diese Reformen, die wir als Minimum heischen, um durch Hebung der sozialen Lage der Arbeiterklasse den Geburtenrückgang und die Säuglingssterblichkeit einzudämmen, in der Ihnen vorzulegenden Resolution zusammengefaßt und bitten um Ihre Zustimmung. Wir sind uns wohl bewußt, daß damit noch keineswegs für alle Mütter die Möglichkeit einer beglückenden Mutterschaft geschaffen ist, soweit diese von äußeren Einwirkungen abhängt. Ein solcher Zustand kann erst geschaffen werden durch die Sozialisierung der Gesellschaft, die erst die volle Wertung des Menschenlebens und die menschliche Solidarität in höchster Entwicklung bringen wird.

Jedoch, viele Erleichterungen für die sozial ungünstig Gestellten würden unsre sozialen Reformen bringen. Stellen wir also gegenüber: Hier unser schönes, großes Reformprogramm, dort die entwürdigenden und empörenden Zwangsmaßnahmen. Zum stärksten Protest gegen die letzteren muß sich der Kampf um unsre Forderungen gesellen.

Nieder mit dem Gebärzwang! Her mit Reformen und Staatsbürgerrechten!

Das sei unsre Kampfesparole.

Resolution.

Die Versammelten erheben den schärfsten Protest gegen „den Entwurf eines Gesetzes betreffend den Verkehr mit Mitteln zur Verhinderung von Geburten“.

Sie sehen in dem geforderten Gesetz einen unerträglichen Eingriff in die persönliche Freiheit des einzelnen, der sich zudem in der Praxis zu einer scharfen Klassenmaßregel gegen die Besitzlosen gestalten würde. Die geforderten Gesetzbestimmungen werden keineswegs den Geburtenrückgang hemmen, wohl aber schwere gesundheitliche und moralische Gefahren für die Bevölkerung mit sich bringen.

Die Versammelten halten eine Einschränkung des Geburtenrückganges nur für möglich durch weitgehende soziale Reformen, die geeignet sind, den materiellen und geistigen Aufstieg der Arbeiterklasse zu erleichtern. Dazu gehören:

1. Ein gründlicher Ausbau des Arbeiterinnenschutzes, insbesondere eine Verkürzung der Arbeitszeit für Jugendliche und Frauen; Schutz vor dem Einfluß gewerblicher Gifte auf den Organismus der Arbeitenden, Schutz vor schädlichen Arbeitsmethoden und Arbeitsarten.

2. Weitgehende Erweiterung des gesetzlichen Schutzes und der Fürsorge für Mütter und Säuglinge.

3. Staatliche und kommunale Einrichtungen, die der arbeitenden Frau die Mutter- und Hausfrauenpflichten erleichtern: Schulspeisung, Errichtung von kommunalen Kindergärten, Kinderhorten usw.

4. Verbilligung der Lebensmittel durch Abbau der Zölle und indirekten Steuern und Beschaffung von Lebensmitteln durch die Kommunen.

5. Wirksame Wohnungsreform.

6. Sicherung eines freien Koalitionsrechts als Mittel zur Erringung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen.

7. Ein demokratisches Wahlrecht für alle volljährigen Staatsbürger beider Geschlechter zu allen gesetzgebenden und öffentlichen Verwaltungskörperschaften als Mittel zu ihrer wirksamen Interessenvertretung.